



NIEDERSCHRIFT

8. Sitzung (IX. Wahlperiode) Hauptausschuss

Sitzungsdatum:
Donnerstag, 21.01.2016

Beginn:
18:00 Uhr

Sitzungsort:
**Ratssaal, Don-Bosco-Straße 6,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Anregung gemäß § 7 der Hauptsatzung IX/394
hier: Anregungen im Bereich Straßenverkehr
4. Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung für öffentliche IX/392
Einrichtungen
der Stadt Korschenbroich
5. Zentralisierung der Verwaltung; IX/395
Situation Rathaus Sebastianusstraße 1
6. Einkaufsgenossenschaft der Kommunen in NRW – KoPart eG IX/393
7. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum IX/391
30.09.2015 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen
8. Mitteilungen
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
2. Mitteilungen
3. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste

8. Sitzung des Hauptausschusses Donnerstag, 21. Januar 2016, 18:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Venten, Marc

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter

Holzenleuchter, Peter

Indenhuck, Hubert als Vertreter für Brieske, Reinhard/ bis 20.00 Uhr während TOP

Kauerz, Wolfgang

Krappa, Gerd

Lieser, Wolfgang

Roden, Erwin

Siegers, Thomas

bis 18:50 Uhr /während TOP II./5.

SPD-Ratsfraktion

Fels, Peter-Josef

Jahny, Paul

Richter, Albert

Wagemann, Frank

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar

Goebel, Jutta

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen

Houben, Wolfgang

FDP-Ratsfraktion

Wolf-Kluthausen, Hanne

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW

Makowiack, Bernd

Von der Verwaltung anwesend

Gleichstellungsbeauftragte Brieske, Angelika

Stadtoberverwaltungsrat Drohen, Markus

Beigeordneter Stadtkämmerer Dückers, Thomas

Stadtamtsrat Gorzelanczyk, Patrick

Beigeordneter Onkelbach, Georg

Pressesprecherin Schirmer, Silke

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 8. Sitzung des Hauptausschusses und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird Herr Gorzelanczyk einstimmig bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jutta Goebel einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

**3. Anregung gemäß § 7 der Hauptsatzung
hier: Anregungen im Bereich Straßenverkehr**

Bürgermeister Marc Venten geht intensiv auf die vorliegenden Schreiben von Herrn Sack mit Anregungen im Bereich Straßenverkehr ein. Herr Sack moniere zum einen grundsätzlich das Verfahren der Stadt Korschenbroich. Dies könne er nicht nachvollziehen. Seine Beschwerde bezüglich der Arbeiten der Firma Kanal Drabe wurde an das städtische Beschwerdemanagement gerichtet. Daraufhin wurden verwaltungsintern die zuständigen Stellen eingeschaltet. Auf sein bei der Stadt am 24.11.2015 eingegangenes Schreiben habe er am 01.12.2015 eine Antwort durch den zuständigen Abwasserbetrieb erhalten. Mit einem zweiten Schreiben aus Dezember moniere Herr Sack, dass die Angelegenheit nicht im Hauptausschuss behandelt worden sei. Herr Venten betont, dass eine Anregung oder Beschwerde nur dann im Hauptausschuss behandelt werde, wenn sie klar an den Rat der Stadt adressiert sei. Dies sei im vorliegenden Fall nicht so gewesen, daher sei das grundsätzliche Verfahren richtig gewesen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) bestätigt die Ausführungen von Bürgermeister Marc Venten und unterstreicht, dass das eingerichtete Beschwerdemanagement grundsätzlich Aufgabe der laufenden Verwaltung sei. Dem Hauptausschuss werde einmal im Jahr der Jahresbericht vorgelegt.

Im vorliegenden Sachverhalt beantragt er eine abschließende Beratung der Thematik im Rahmen der heutigen Sitzung des Hauptausschusses. Eine Verweisung an einen anderen Ausschuss sei aus seiner Sicht entbehrlich.

Die Mitglieder des Hauptausschusses schließen sich dem Vorschlag an.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach geht in der Folge ausführlich auf den Sachverhalt ein. Die Beschwerde des Herrn Sack, wonach die Firma nicht ordnungsgemäß gearbeitet habe sei richtig gewesen. Die von Herrn Sack beantragte Einsicht in das Leistungsverzeichnis sei intern bereits geklärt und werde Herrn Sack kurzfristig gewährt. Der zugrunde liegende Auftrag sei durch den SAB erteilt worden. Daher müsse der SAB als Auftraggeber auch seiner Kontrollverpflichtung nachkommen. Dies sei nicht vollumfänglich erfolgt. Die ausführende Firma habe eindeutig fehlerhaft gearbeitet. Dies sei dem SAB bei seinen stichprobenhaften Kontrollen nicht aufgefallen. Der Hinweis von Herrn Sack, dass die Verwaltung untätig gewesen sei, könne er jedoch so nicht im Raum stehen lassen.

Nach Intervention durch Herrn Sack er habe dies so nicht geschrieben, zitiert Herr Onkelbach aus dem den Sitzungsunterlagen beigefügten Dokumente die folgende Passage: *„Darüber hinaus wurde weder am ersten Tag meines Anrufs noch nach meinem Anruf am zweiten Tag entgegen der Aussage von Herrn Kochs etwas unternommen; weder seitens der Verwaltung, der Polizei noch vom Unternehmer.“*

Der Beigeordnete Georg Onkelbach betont ausdrücklich, dass eine umgehende Kontrolle durch das städtische Tiefbauamt stattgefunden habe. Zwei Mitarbeiter des Tiefbauamtes hätten am Tag der telefonischen Mitteilung einer Gefahrenstelle die Situation vor Ort begutachtet und die Arbeiten sofort unterbunden. Hierzu liege ihm ein entsprechender Vermerk der Mitarbeiter vor, welcher der Urschrift dieser Niederschrift als Anlage 1 und wesentlicher Bestandteil beigefügt werde.

Danach hätten keine weiteren Arbeiten ohne eine Genehmigung stattgefunden. Er geht in der Folge kurz auf das Verfahren zur Erteilung einer Genehmigung ein. Es gebe im Rahmen der Genehmigung klare Regularien. Die Kontrolle der Unternehmen erfolge stichprobenartig. Auch der SAB als Auftraggeber müsse seinen Pflichten nachkommen. Er gehe davon aus, dass die Situation auch für die Zukunft geklärt wurde.

Bezüglich des Hinweises auf ein verspätetes Abräumen der Beschilderung im Zuge des Schwertransportes weist der Beigeordnete Georg Onkelbach auf die Dimension der notwendig gewordenen Beschilderung hin. Es seien mehrere Kommunen betroffen gewesen. Die Auf- und Abbauarbeiten durch eine Fachfirma hätten jeweils mehrere Tage gedauert. Auch die Verwaltung hätte sich einen schnelleren Abbau der Beschilderung gewünscht. Er betont jedoch, dass eine Ersatzvornahme nicht einfach möglich sei. Zunächst müssten Verfügungen geschrieben werden und etwaige Rechtsmittel abgewartet werden. Dann sei möglicherweise eine Ersatzvornahme möglich. In diesem notwendigen Zeitraum sei jedoch bereits mit der Entfernung der Beschilderung zu rechnen.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowaick(ULLi/ Zentrum) weist darauf hin, dass ihm die in Rede stehende Firma Drabe auch bei Arbeiten im Bereich Stepprather Hof negativ aufgefallen sei. Er regt an, der Firma keine Aufträge mehr zu geben und ein intensiveres Auswahlverfahren durchzuführen.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach verweist auf das Vergaberecht. Vor Auftragsvergabe werde die Fachkunde und Leistungsfähigkeit der Unternehmen geprüft. Sofern diese nachgewiesen werde, erhalte die Firma mit dem wirtschaftlichsten Angebot den Auftrag.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) dankt der Verwaltung für die ausführlichen Ausführungen. Er hält die Thematik für abschließend geklärt. Er dankt Herrn Sack für seinen Hinweis der zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beigetragen habe. Er bittet die Verwaltung Herrn Sack noch schriftlich auf die abschließende Bearbeitung in der heutigen Sitzung hinzuweisen.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) schließt sich den Ausführungen von Herrn Richter an.

Dem Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) sei die Firma ebenfalls bereits negativ aufgefallen. Er dankt Herrn Sack für den Hinweis.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) schließt sich den Ausführungen an und hofft für die Zukunft insbesondere auf verbesserte Kontrollen durch den SAB.

Das Ausschussmitglied Peter Fels (SPD) regt an, künftig alle Beschwerden welche im Rahmen des Beschwerdemanagements eingehen an den Hauptausschuss zu verweisen.

Bürgermeister Marc Venten und Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen weisen darauf hin, dass klar geregelt sei, welche Anregungen und Beschwerden dem Hauptausschuss vorgelegt würden. Gemäß § 24 GO in Verbindung mit § 7 der Hauptsatzung müsse die Beschwerde oder Anregung an den Rat adressiert sein. Die übrigen Beschwerden und Anregungen von denen etwa 300 jährlich eingingen, würden wie bisher im Rahmen des Beschwerdemanagements bearbeitet und in Form des Jahresberichts dem Hauptausschuss zur Kenntnis gegeben.

Beschluss-Nr. IX/394	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Hauptausschuss nimmt die Anregung gem. § 7 der Hauptsatzung zur Kenntnis und sieht diese nach den Ausführungen der Verwaltung als erledigt an.</p> <p>Der Beschwerdeführer soll seitens der Verwaltung über das Ergebnis der Beratung der heutigen Sitzung informiert werden.</p>	

4. Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung für öffentliche Einrichtungen der Stadt Korschenbroich

Bürgermeister Marc Venten geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein. Die Verwaltung schlage vor, den Passus zum Ratssaal um einen Ausnahmetatbestand zu erweitern, sofern es sich um eine Veranstaltung mit öffentlichem Zweck und ohne Gewinnerzielungsabsicht handele. Ausnahmen seien bislang in Einzelfällen durch Genehmigung des Bürgermeisters möglich, er wolle aber eine transparente Regelung.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/ Zentrum) hält die vorgeschlagene Regelung für gut, regt jedoch an, von politischen Vereinigungen eine Gebühr zu erheben.

Die Ausschussmitglieder Peter Berger (CDU) kann die Einlassung des Ausschussmitgliedes Bernd Makowiack nicht nachvollziehen, da politische Vereinigungen dann schlechter gestellt würden als andere Vereine. Die vorgeschlagene Formulierung der Verwaltung halte er für gut.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) regt an, auch den öffentlichen Zugang zur Sitzung aufzunehmen. Die Formulierung öffentlicher Zweck schließe den öffentlichen Zugang seiner Meinung nach nicht ein.

Insoweit sind sich die Mitglieder des Ausschusses darin einig, dass die Formulierung „Veranstaltung mit öffentlichem Zweck“ dahingehend auszulegen ist, dass es sich um eine Veranstaltung handeln muss, die der Öffentlichkeit zugänglich ist.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) hält die vorgeschlagene Formulierung für gut. Auch er kann sich der Meinung von Herrn Makowiack bezüglich einer Gebühr von politischen Vereinigungen nicht anschließen.

Beschluss-Nr. IX/392	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Korschenbroich § 10 (Ratssaal Don-Bosco-Straße) der Benutzungs- und Gebührenordnung für öffentliche Einrichtungen der Stadt Korschenbroich wie folgt zu erweitern:	
(4) Von der Zahlung der Gebühr können die in § 8 Absatz 3 dieser Satzung aufgeführten Vereinigungen befreit werden, sofern es sich um eine Veranstaltung mit öffentlichem Zweck und ohne Gewinnerzielungsabsicht handelt.	

5. Zentralisierung der Verwaltung; Situation Rathaus Sebastianusstraße 1

Bürgermeister Marc Venten hält die als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügte Präsentation zur Zentralisierung der Verwaltung.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) hält die vorgeschlagene Vorgehensweise für strategisch sinnvoll. Die Vorgehensweise sei überdies mit den Fraktionen abgestimmt worden. Er regt an, der Post bei der Suche nach einer geeigneten Immobilie zu helfen und beim Rhein-Kreis Neuss wegen der weiteren Anmietung von Räumlichkeiten in der Regentstraße nachzufragen.

Bürgermeister Marc Venten teilt hierzu mit, dass dies derzeit bereits geschehe.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) weist auf die entstehenden möglicherweise hohen Umbaukosten hin. Er fragt nach wie die Aufsichtsbehörde zu diesen Kosten stehe. Zudem fragt er nach, ob der Kreis nicht möglicherweise beabsichtige Räumlichkeiten im Bereich des Altenheims zu nutzen. Abschließend möchte er wissen, ob der Verkauf des Gebäudes Regentstraße für die Verwaltung eine Option sei.

Bürgermeister Marc Venten teilt mit, dass ein Verkauf keine Option sei. Der Rhein-Kreis Neuss habe Interesse an einer Anmietung weiterer Räumlichkeiten in der Regentstraße bekundet. Pläne bezüglich der Nutzung von Räumlichkeiten im Altenheim seien nicht bekannt.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers unterstreicht, dass aufgrund der aktuell hohen Zuwanderung ein Mehrbedarf entstanden ist und die Mitarbeiter adäquat unterge-

bracht werden müssten. Man befinde sich noch in einem frühen Stadium und habe die Aufsichtsbehörde noch nicht informiert.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass noch keine Planung vorliege. Zunächst müsse zeitnah eine Begehung des Gebäudes stattfinden.

Das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) fasst zusammen, dass die Kosten für einen Umbau nicht bekannt seien. Ferner entstehe ein Mietausfall. Sie fragt nach, ob nicht eine Unterbringung der Arbeitsplätze in den beiden Rathäusern Sebastianusstraße und Don-Bosco-Straße möglich sei.

Stadtoberverwaltungsrat Markus Drohen erläutert, dass die genannten Standorte bereits voll belegt seien. Hier könnten maximal noch 1-2 Arbeitsplätze entstehen. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung durch den Umzug des Ordnungsamtes in das Rathaus Sebastianusstraße zusammengerückt sei. So sei eine Vermietung von Räumen an den Kreis überhaupt erst möglich geworden. Die Verwaltung werde nun ein Raumbuch erstellen und die Planung vorantreiben.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) dankt der Verwaltung für die gute Arbeit. Er betont, dass die stark beanspruchten Mitarbeiter vernünftige Arbeitsbedingungen haben müssten. Mögliche Bürocontainer auf dem Katharina Platz seien keine zufriedenstellende Lösung. Er bittet die Verwaltung zeitnah in eine Planung mit einem Architekten einzusteigen und den Hauptausschuss fortwährend hierüber zu informieren. Er verweist auf den guten Ablauf bei der Planung und dem Umbau des Gebäude A zum techn. Rathaus.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Wolfgang Lieser (CDU) teilt Bürgermeister Marc Venten mit, dass nach der derzeitigen Planung der Bereich Personal in der Regentenstraße bleibe. Es werde jedoch auch die Möglichkeit eruiert die Freifläche im Gebäude Sebastianusstraße zu überbauen um weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Dies könnte zu einer kompletten Zentralisierung führen.

Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter (CDU) sieht durch die entstehenden Umbaukosten das Konsolidierungsziel in Gefahr. Er wolle keine Steuererhöhungen.

Bürgermeister Marc Venten verweist erneut darauf, dass aufgrund der hohen Zuwanderung personeller und in der Folge auch räumlicher Mehrbedarf entstanden sei. Die Verwaltung müsse daher handeln. Die Post hätte die Räumlichkeiten ohnehin zum 31.12.2017 gekündigt.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) unterstreicht, dass die Verwaltung ohnehin Handlungsdruck bekommen hätte durch eine Kündigung der Post. Dann hätte ein Leerstand gedroht.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt der Beigeordnete Georg Onkelbach mit, dass die derzeit durch die Post angemieteten Räumlichkeiten im Zuge des Umbaus des Bürgerbüros besichtigt worden seien. Dennoch sei eine Begehung notwendig und wichtig. Dies werde zeitnah erfolgen. Nach derzeitigem Stand sei eine Nutzung des Gebäudes erst 2017 möglich.

In der Folge diskutieren die Ausschussmitglieder Albert Richter (SPD), Jochen Andretzky, Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen), Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) über möglicherweise bereits beschlossene Steuererhöhungen für das Jahr 2018. Hierzu stellt der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers klar, dass keine Steuererhöhungen beschlossen

seien. Diese seien jedoch für einen Haushaltsausgleich nach derzeitigem Planungsstand notwendig.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) weist ebenfalls darauf hin, dass die Post spätestens zum 31.12.2017 den Mietvertrag gelöst hätte. Daher sei ohnehin ein Nutzungskonzept notwendig.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Bernd Makowiack (ULLi/ Zentrum) teilt der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers mit, dass die Höhe der Mieteinnahmen durch den Kreis über das Protokoll nachgereicht würden.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Mieteinnahmen belaufen sich auf 8.694,00 € jährlich)

Das Ausschussmitglied Peter Fels (SPD) geht auf die immens hohen Kosten der Maßnahme ein. Neben dem Mietausfall müssten auch die Abschreibungen auf das Gebäude berücksichtigt werden. Er fühle sich nicht ausreichend informiert und kenne die Diskussion im Ältestenrat nicht. Er wisse beispielsweise nicht, ob die Nutzung von Schulflächen geprüft worden sei.

Bürgermeister Marc Venten betont, dass sich die Situation kurzfristig geändert habe. Die Kündigung des Mietvertrages mit der Post stelle ein Geschäft der laufenden Verwaltung dar. Er habe dennoch das Gespräch mit dem Ältestenrat gesucht um die Fraktionen frühzeitig zu informieren. Der Ältestenrat habe keine Notwendigkeit für eine Sondersitzung des Hauptausschusses gesehen.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) unterstreicht, dass die Fraktionen von der Verwaltung zeitnah und umfassend informiert wurden. Er sieht eher ein Informationsdefizit innerhalb der SPD-Ratsfraktion.

Beschluss-Nr. IX/395	
Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur weiteren Nutzung des Erdgeschosses im Rathaus Sebastianusstraße 1 zur Kenntnis.	

6. Einkaufsgenossenschaft der Kommunen in NRW – KoPart eG

Bürgermeister Marc Venten geht auf die vorliegende Sitzungsvorlage ein.

Das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) fragt nach den Erfahrungen anderer Städte mit der Einkaufsgemeinschaft. Er bittet darum hier Kontakt aufzunehmen und den Hauptausschuss zu informieren. Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) schließt sich den Ausführungen von Herrn Endell an. Andere kreisangehörige Gemeinden, die auch die Möglichkeiten von Kreis und ITK nutzen, seien ebenfalls Mitglied der Einkaufsgemeinschaft.

Bürgermeister Marc Venten sagt eine Prüfung zu. Sollte eine Mitgliedschaft lohnend sein, werde man den Hauptausschuss informieren.

Beschluss-Nr. IX/393	Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür 0 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, der Einkaufsgenossenschaft der Kommunen in NRW – KoPart eG zunächst nicht beizutreten.	

7. Vorlage des Controlling-Berichtes der Stadt Korschenbroich zum 30.09.2015 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers geht ausführlich auf den vorliegenden Controllingbericht ein. Der Haushaltsabschluss 2015 falle voraussichtlich besser aus als geplant.

Das Ausschussmitglied Wolfgang Houben (Bündnis 90/ Die Grünen) weist darauf hin, dass Steuererhöhungen für 2018/19 zwar noch nicht beschlossen seien, jedoch auch die Bezirksregierung in ihrer Verfügung herausstelle, dass Steuererhöhungen zum Ziele des Haushaltsausgleichs unumgänglich seien.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Thomas Siegers (CDU) teilt der Beigeordnete Georg Onkelbach mit, dass die Liste der Energiekosten eine geringe Aussagekraft hätte und nicht geeignet sei, um die Energiekosten zu bewerten.

Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt der Beigeordnete Georg Onkelbach mit, dass die Erweiterung der Mensa des Gymnasiums zurückgestellt wurde, jedoch dringender Handlungsbedarf bestehe. Er gehe von einer Umsetzung in diesem Jahr aus.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/ Zentrum) hält die Steuereinnahmen aus der Grundsteuer A für zu gering.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) zeigt sich ob der Einlassung von Herrn Makowiack überrascht. Dieser könne ja Steuererhöhungen beantragen.

Beschluss-Nr. IX/391	
Der Hauptausschuss nimmt den Controlling-Bericht der Verwaltung zum 30.09.2015 zur Kenntnis.	

8. Mitteilungen

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers informiert darüber, dass derzeit ca. 730 Flüchtlinge in Korschenbroich untergebracht seien. Über Weihnachten und Neujahr sei es wie angekündigt zu keinen weiteren Zuweisungen gekommen. Die Container am Weißen Weg stünden inzwischen. Voraussichtlich am 30.01.2016 finde ein Tag der offenen Tür statt. Wenn der Termin definitiv feststehe, werde die Verwaltung über eine Pressemitteilung entsprechend einladen.

9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

- a) Das Ausschussmitglied Frank Wagemann (SPD) regt eine Querungshilfe im Bereich des endenden Radweges im Ortsteil Pesch in Richtung Liedberg hinter Haus Schellen an.
- b) Das Ausschussmitglied Frank Wagemann (SPD) weist ferner auf eine Verkehrsfährdung im Bereich An der Mühle im Ortsteil Liedberg hin. Bürgermeister Marc Venten hält dies für eine Angelegenheit des Bauausschusses.
- c) Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Wolfgang Lieser (CDU) bezüglich einer Geschwindigkeitsreduzierung im Bereich der L 382 teilt der Beigeordnete Georg Onkelbach mit, dass die bisherige Regelung bestehen bleibe. Dies sei bei einem Termin zwischen Landesbetrieb Straßen, Polizei und Stadt festgelegt worden. Der Beschwerdeführer werde hierüber morgen in einem persönlichen Gespräch informiert.
- d) Das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) bezieht sich auf die Neuregelung der Abfuhrtermine der Müllabfuhr. Aufgrund der Verschiebungen habe die Verwaltung kostenlos Müllsäcke ausgegeben. Sie fragt nach, wie viele Müllsäcke ausgegeben wurden und was dies für Kosten verursacht habe.
(Anm. d. Verw.: Es wurden ca. 2.500 Müllsäcke ausgegeben. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 2.000,00 €)
- e) Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) teilt der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers mit, dass der Brandschutzbedarfsplan voraussichtlich in der Sitzung des Hauptausschusses am 15.03.2016 vorgelegt werde. Die Machbarkeitsstudie für das Gerätehaus im Ortsteil Kleinenbroich liege voraussichtlich Ende Februar vor. Die Stellungnahmen der Löschzüge würden aktuell vom Wehrführer zusammengefasst.

- f) Auf Nachfrage des Ausschussmitgliedes Jochen Andretzky (Bündnis 90/ Die Grünen) teilt der Beigeordnete Georg Onkelbach mit, dass eine bauliche Veränderung im Bereich der Unterführung B230/ K4 abgelehnt worden sei.

- g) Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/ Zentrum) äußert sein Unverständnis darüber, dass nicht alle Haushalte einen Abfallkalender zugestellt bekommen haben. Dies müsste dem Zusteller gegenüber moniert werden.

- h) Herr Makowiack macht einen weiteren Hinweis zu einer Gefahrenstelle im Bereich der B 230. Bürgermeister Marc Venten hält dies für eine Angelegenheit des Bauausschusses. Er bittet Herrn Makowiack die Angelegenheit dort vorzubringen.

- i) Das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) regt an, dass der Abfallkalender künftig für digitale Kalender als importierbare Datei angeboten wird.